

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 26. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplan, Nr. 11753-54.

Bezugspreis:

3. Vierteljahr 30.—, 6. Monate 50.—, 12. Monate 90.—, 1. Jahr 160.—, 2. Jahr 300.—, 3. Jahr 450.—, 4. Jahr 600.—, 5. Jahr 750.—, 6. Jahr 900.—, 7. Jahr 1050.—, 8. Jahr 1200.—, 9. Jahr 1350.—, 10. Jahr 1500.—, 11. Jahr 1650.—, 12. Jahr 1800.—, 13. Jahr 1950.—, 14. Jahr 2100.—, 15. Jahr 2250.—, 16. Jahr 2400.—, 17. Jahr 2550.—, 18. Jahr 2700.—, 19. Jahr 2850.—, 20. Jahr 3000.—, 21. Jahr 3150.—, 22. Jahr 3300.—, 23. Jahr 3450.—, 24. Jahr 3600.—, 25. Jahr 3750.—, 26. Jahr 3900.—, 27. Jahr 4050.—, 28. Jahr 4200.—, 29. Jahr 4350.—, 30. Jahr 4500.—, 31. Jahr 4650.—, 32. Jahr 4800.—, 33. Jahr 4950.—, 34. Jahr 5100.—, 35. Jahr 5250.—, 36. Jahr 5400.—, 37. Jahr 5550.—, 38. Jahr 5700.—, 39. Jahr 5850.—, 40. Jahr 6000.—, 41. Jahr 6150.—, 42. Jahr 6300.—, 43. Jahr 6450.—, 44. Jahr 6600.—, 45. Jahr 6750.—, 46. Jahr 6900.—, 47. Jahr 7050.—, 48. Jahr 7200.—, 49. Jahr 7350.—, 50. Jahr 7500.—, 51. Jahr 7650.—, 52. Jahr 7800.—, 53. Jahr 7950.—, 54. Jahr 8100.—, 55. Jahr 8250.—, 56. Jahr 8400.—, 57. Jahr 8550.—, 58. Jahr 8700.—, 59. Jahr 8850.—, 60. Jahr 9000.—, 61. Jahr 9150.—, 62. Jahr 9300.—, 63. Jahr 9450.—, 64. Jahr 9600.—, 65. Jahr 9750.—, 66. Jahr 9900.—, 67. Jahr 10050.—, 68. Jahr 10200.—, 69. Jahr 10350.—, 70. Jahr 10500.—, 71. Jahr 10650.—, 72. Jahr 10800.—, 73. Jahr 10950.—, 74. Jahr 11100.—, 75. Jahr 11250.—, 76. Jahr 11400.—, 77. Jahr 11550.—, 78. Jahr 11700.—, 79. Jahr 11850.—, 80. Jahr 12000.—, 81. Jahr 12150.—, 82. Jahr 12300.—, 83. Jahr 12450.—, 84. Jahr 12600.—, 85. Jahr 12750.—, 86. Jahr 12900.—, 87. Jahr 13050.—, 88. Jahr 13200.—, 89. Jahr 13350.—, 90. Jahr 13500.—, 91. Jahr 13650.—, 92. Jahr 13800.—, 93. Jahr 13950.—, 94. Jahr 14100.—, 95. Jahr 14250.—, 96. Jahr 14400.—, 97. Jahr 14550.—, 98. Jahr 14700.—, 99. Jahr 14850.—, 100. Jahr 15000.—

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparatabelle kostet 1.— M. Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1.— M. (gültig für zwei getrocknete Worte), jedes weitere Wort 60 Pf. Stellengelder und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Mannen 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M., die Stelle ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsschreibbüro, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Grodno in polnischer Hand.

Paris, 25. August. Der „Matin“ erzählt aus Warschau, daß Abteilungen der zweiten polnischen Garbedivision Grodno eingenommen haben.

Warschau, 26. August. (ZL) Amtlicher polnischer Heeresbericht vom 25. August. Nordfront: Abteilungen unserer 4. und 5. Armee fangen im weiteren Verlauf ihrer Säuberungsaktion die Sowjettruppen ab, die den Anschluß an ihre Truppenteile verloren haben und in den Wäldern umherirren. Ein Teil der feindlichen Truppen geht mit sämtlichem Material über die deutsche Grenze. Das bolschewistische Komitee in Soldau, das nach Deutschland geflohen war, wurde unserer Truppen wieder ausgeliefert und vor ein Kriegsgericht gestellt. — Mittlere Front: In den Kämpfen südlich von Ostrowka wurden von unserer 8. Infanteriedivision weitere 600 Gefangene gemacht. Abteilungen des 60. Infanterieregiments haben am westlichen Ufer der Bija Gefangene gemacht und 25 Maschinengewehre erbeutet. Am 24. d. M. gegen 5 Uhr nachts wurde Ostrowice besetzt. An der übrigen Front örtliche Kämpfe. Rawno südlich von Opalin wurde eingenommen. — Südfront: Im Raum von Mosty-Bielkie zerstreute unsere Kavallerie die 72. Sowjetbrigade, wobei der Stab dieser Brigade gefangen genommen wurde. Westlich von Lemberg wurde Jadowice und Przemyslany besetzt. Südlich davon örtliche Gefechte. Die Armee des Generals Pawlowski nimmt Stellungen längs des Dniestr ein.

Rußland gibt nach.

Rotterdam, 26. August. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat Tschitscherin einen Funkspruch an Kamenew gesandt mit der Bitte, ihn der englischen Regierung mitzuteilen. Es wird darin der Friedenswille der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht und die Bereitwilligkeit Rußlands erklärt, an der Bedingung, daß in Polen eine Miliz von Arbeitern aufgestellt werden müsse, nicht festzuhalten. Dadurch sei vollkommene Übereinstimmung mit England und Italien betreffs aller Bedingungen für den Frieden mit Polen erreicht worden.

Paris, 26. August. Wie der „Matin“ erfahren haben will, soll Ministerpräsident Millerand der Regierung in Warschau zu verstehen gegeben haben, daß es notwendig sei, den Russen mögliche Friedensbedingungen zu stellen, damit der Friede in Mitteleuropa rasch wiederhergestellt werde.

London, 26. August. Die „Times“ erfahren, daß der Verzicht, wonach Kamenew und Krassin ihre Pässe verlangt hätten,

unrichtig sei. Wie verlautet, erwarten beide Sowjetdelegierten, daß spätestens bis morgen eine befriedigende Antwort auf die Note Balfours eintreffen werde.

Verlegung der Friedensverhandlungen?

Wien, 26. August. (ZL) Infolge der mangelhaften Verständigung mit Warschau hat die polnische Delegation an Stelle von Wlask Warschau, Bialystok oder Bialowicz als Verhandlungsort vorge schlagen.

Warschau, 26. August. (ZL) Aus dem Ministerium des Äußeren wird gemeldet: Die Siege der polnischen Armee haben an dem Willen der polnischen Regierung, einen gerechten Frieden abzuschließen, nichts geändert. Ein dauernder, gerechter und ehrenvoller Frieden war das Ziel der polnischen Regierung auch in der Zeit der größten Gefahr, die dem Lande von seiten der Sowjetarmee drohte. Wie die Friedensdelegation damals nach Wlask gesandt wurde, um einen Waffenstillstand abzuschließen und in Friedenspräliminarien einzutreten, so bemüht sie sich auch weiterhin um die Erreichung ihres Zieles. Die geänderte militärische Lage läßt wieder auf den Friedenswillen der polnischen Regierung, noch auf die von der polnischen Regierung anzunehmenden Bedingungen einen Einfluß aus. Polen führt keinen Krieg gegen das russische Volk und geht auch nicht auf Vändertum aus, erstrebt vielmehr das freundschaftliche Zusammengehen mit dem russischen Volke und hält eine solche Freundschaft für die Grundlage eines dauernden Friedens in Ost-Europa. Alle diese Bemühungen müssen so lange erfolglos bleiben, als die Verbindung der Warschauer Regierung mit der Delegation in Wlask so erschwert bleibt wie bisher. Nur eine regelmäßige und gesicherte Verständigungsmöglichkeit mit den polnischen Unterhändlern kann ein günstiges Verhandlungsergebnis gewährleisten.

Litauens Haltung.

London, 26. August. Aus Kowno wird der „Times“ gemeldet, daß litauische Truppen Wilna besetzt haben. Die litauische Regierung habe Warschau davon benachrichtigt, daß dies aus militärischen Gründen notwendig war, um zu verhindern, daß Wilna in polnische Hände fiel. Tschitscherin beabsichtigt, Agelrod als Sowjetvertreter nach Kowno zu senden.

Die Danziger Frage.

Warschau, 26. August. (ZL) Der Hohe Kommissar von Danzig hat seine Zustimmung zur Lösung der Munition gegeben, die sich am Bord der „Gueymon“ befindet. Die Arbeiten werden heute ihren Anfang nehmen.

Generaldirektor Radlik von der Charlottengrube in Rhodiz, der von einer polnischen Bande überfallen und schwer mißhandelt worden war, ist seinen Verletzungen erlegen. Seine Frau liegt ebenfalls schwer verletzt darnieder.

Gleiwitz, 26. August. (ZL) Die polnischen Banden haben die nähere Umgebung von Gleiwitz besetzt. Die öffentliche Gewalt in den Gemeinden und Dörfern reißt sie an sich. In Zaband versuchten am Mittwoch die Polen das Gut des Grafen Weloged zu stürmen. Die herbeigerufenen Sicherheitspolizei aus Gleiwitz schlug den Angriff ab. In Gleiwitz selbst ist es ruhig. Man rüstet sich zum Widerstand gegen bevorstehende Überfälle. Der „Oberschlesische Wanderer“ erscheint heute mittag wieder zum erstenmal.

Ein französisches Urteil.

Oppeln, 25. August. Das interalliierte Gericht verurteilte gestern in Abwesenheit den Reichstagsabgeordneten und verantwortlichen Schriftleiter des sozialdemokratischen Parteiorgans für Oberschlesien Karl Olszky zu 2000 M. Geldstrafe und erließ den Befehl zur zwangsweisen Vorführung (Verhaftung). Olszky soll sich durch einen Artikel, der sich mit der Verfügung der interalliierten Kommission über die Kohlenreserve befaßt, der Aufregung und der Verleitung über den Beamten zum Ungehorsam schuldig gemacht haben. Olszky hatte bereits vor einiger Zeit der interalliierten Kommission in einem Schreiben unter Berufung auf seine Immunität als Mitglied des Reichstags mitgeteilt, daß er der Ladung an Gerichtsstelle nicht Folge leisten würde. Das interalliierte Gericht vertrat heute den Standpunkt, daß auf Grund des Verbots der interalliierten Kommission, betreffend die Teilnahme an den Reichstags- und Landtagsverhandlungen, die Mandate der ober-schlesischen Volksvertreter tatsächlich als ersuchen anzusehen seien und die Berufung Olszkys damit hinfällig sei. Das Gericht nahm aber von der Verhängung einer Gefängnisstrafe, wie sie seitens des Anklagevertreters beantragt worden war, Abstand.

Angehaltener Waffentransport.

Schwiebus, 26. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 38 Kisten mit mehreren hundert Muggatormen beschlagnahmt, von denen man annimmt, daß sie von der ehemaligen deutschen Kriegsindustrie nach Polen verschoben werden sollten.

Deutschland und Oberschlesien.

Breslau, 26. August. Im Oberpräsidium wurde heute in Gegenwart des Braunschweiger Ministers des Innern Severing, des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Bewald und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes die Lage in Oberschlesien eingehend besprochen. Gehört wurden insbesondere die verschiedenen Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften aus Oberschlesien.

Minister Severing legte in Übereinstimmung mit den Vertretern der Reichsregierung, der anwesenden schlesischen Behörden und des Vertreters des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln dar, daß vor irgendeiner gewalttätigen Aktion der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien nicht dringend genug zu warnen sei. Dem hier und dort aufstrebenden Verlangen der ober-schlesischen Bevölkerung nach Bewaffnung könne von seiten der Regierung unter keinen Umständen entsprochen werden. Die Regierung würde sich auch weiterhin streng an den Friedensvertrag von Versailles halten und mit größtem Nachdruck die Wiederherstellung der geschlichen Zustände in Oberschlesien durch die Entente fordern. Der Minister sagte ferner zu, daß der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien und zumal den Angehörigen der ermordeten Beamten der Sicherheitspolizei, sowie den Flüchtlingen für den ihnen durch den polnischen Rußstand erwachsenen Schaden die weitgehendste Hilfe seitens der Regierung zuteil werden würde. Es wurde in der Besprechung Übereinstimmung dahin erzielt, daß die durch die Polen bedrohte Freiheit der Abfassung in Oberschlesien mit allen Mitteln des Rechts wieder hergestellt werden muß.

Das Aufstandsgebiet.

Beuthen, 26. August. (ZL) Der Kreis Lublinitz war gestern zum größten Teil besetzt. Auch ein Teil des Kreises Glatz befindet sich in den Händen der Polen. Die Nachrichten über die Gewalttätigkeiten häufen sich. Die Sicherheitspolizei und zwar der Teil der Beamten, der nicht aus Oberschlesien stammt, wird aus Kattowitz, Tarnowitz und Lublinitz nach dem Lager Lambsdorf abtransportiert. Die deutschen und polnischen Gewerkschaften haben sich gestern geeinigt, zum Teil über den Kopf der Führer hinweg, und beschloßen, den Streik heute abzubrechen. Die Gruben schienen aber dem Abbruch nicht Folge leisten zu wollen.

Positiver Verfassungsschutz.

Daß Verfassungsfragen nicht so sehr Rechts- als Machtfragen sind, sollte mindestens seit Ferdinand Lassalle jedem Deutschen geläufig sein. Die bisher herrschenden Klassen haben denn auch dieser Auffassung ganz instinktiv Ausdruck gegeben, indem sie die früheren verfassungsrechtlichen Bestimmungen nach ihrem Interesse kneteten und auslegten. Nun ist die Weimarer Verfassung in demokratischer Hinsicht ganz zweifellos eine der besten Schöpfungen unter den Staatsgrundgesetzen der Welt. Aber was hilft die schönste Verfassung, wenn sie auf dem Papiere stehen bleibt, und keine Macht vorhanden ist, sie in jedem Augenblicke zur Geltung zu bringen? Daß selbst die Willen und die Energie einzelner tatkräftiger Männer nicht in der Lage sind, allein die Durchführung der Gesetze zu sichern, hat ja die Zeit der Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung in Deutschland bewiesen. Und selbst ein Roske mußte es erleben, daß durch die zum Schutz der Verfassung und der Republik bestimmten Militärkräfte mehr als einmal nicht nur der Versuch unternommen worden ist, Regierungsanordnungen zu durchkreuzen und ins Gegenteil zu verkehren.

Als dann die Rapp-Lage beinahe den Zusammenbruch des ganzen republikanischen Gebäudes zu bringen schien, hat die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft sich zum ersten Male zum positiven Verfassungsschutz vereinigt. Das Bürgerium, dem es seinen eigenen Angaben nach nicht gleichgültig war, ob der Bürgerkrieg in Deutschland entfesselt würde oder nicht, ließ sich zunächst diese proletarische Hilfeleistung für seine eigene Sicherheit herzlich gerne gefallen. Als aber die Gefahr in der Hauptstadt vorüber war, da ertönten sofort die Unruhrufe von der „gewerkschaftlichen Nebenregierung“, von der „Diktatur Regien“, und in eingehenden Gutachten wurde „nachgewiesen“, daß die Weimarer Verfassung keine solche Nebenregierung kennt. Es waren besonders die demokratischen Blätter, die sich auf diese Rechtsstiftungen einließen, ganz wie ihre seligen Vorgänger von der Fortschrittspartei, über die Lassalle in der preußischen Konfliktzeit von 1863 so herabhaft zu spotten wußte. Ganz ähnliche Rechtsbedenken und Befürwörungen tauchen jetzt wieder in der Presse auf, da die Gewerkschaften, insbesondere diejenigen aus dem Transportgewerbe, in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien es unternommen, die Neutralität Deutschlands im Offizier durch Kontrolle der Waffentransporte zu sichern. Demokratische und reaktionäre Blätter sind sich ganz einig in der Auffassung, daß diese Einmischung der Arbeiterchaft in die Verrichtungen der Staatsgewalt eine Verletzung der Verfassung und eine Nebenregierung schlimmster Art darstelle. Daß nun die Regierung unter Vorstz des Reichskanzlers gar selbst mit den Vertretern der Arbeiter über diese Dinge verhandelt hat und gewisse Zugeständnisse machte, wird ihr zur schlimmsten Sünde angerechnet.

Nun ist es zweifellos ganz richtig, daß in einem geordneten und in sich gefestigten Staatswesen es weder notwendig noch wünschenswert ist, daß das Transportwesen durch Kontrolle der Arbeiter oder Angestellten in den einzelnen Orten gestört wird, sofern die Wahrung des Volkswillens sonst gesichert erscheint. Aber niemand kann bestreiten, daß die junge deutsche Republik heute immerhin noch weit entfernt ist von jener inneren Festigung, die eine solche aktive Mitwirkung der Arbeiterorganisationen entbehrlich erscheinen ließe. Gerade weil man die Erfahrung machen mußte, daß die offiziellen Regierungsabhandlungen von Geheimbänden durchkreuzt wurden, die sich aus Offizieren und ihnen geistig und sozial verwandten Kreisen zusammensetzten, gerade deshalb ist es notwendig, daß die Trägerin der deutschen Republik, die deutsche Arbeiterklasse ihre Machtmittel anwendet, um die Republik und ihre Verfassung zu schützen.

Die deutsche Regierung hat im tosenden Offizier die Neutralität erklärt und befindet sich damit im Einklang mit dem ganzen deutschen Volke. Wir haben auch keinen Grund zu der Annahme, daß es der Regierung mit dieser Neutralitätserklärung nicht ernst sei. Schon das Lebensinteresse Deutschlands zwingt dazu, aus den Kriegswirren fernzubleiben. Aber es ist ebenso richtig, daß es unmöglich ist, wenn auch keine Arbeit ist, die, sei es aus politischem Fanatismus, sei es aus geschäftlichen Interessen heraus, es nicht unternehmen würden, wenn Deutschland in den Krieg hineingerissen würde. Von den verböhrten Moskowschewitzern im kommunistischen Lager ganz abgesehen, gibt es sicher militärische und andere nationalbolschewistische Elemente, denen es nicht darauf ankommt, durch irgendeine „Schiedung“ ihr politisches Glück zu forrieren. Vor diesen politischen Gefahren hat das deutsche Volk zu schützen, ist die Aufgabe der Arbeiterchaft, die ein Interesse am Friedenszustand hat. Und wenn sie eintritt, daß die neutrale Regierung nicht die Machtmittel hat, jede solcher Mißfortuna zu verhindern, so ist es die Pflicht der Arbeiterchaft, dieser Regierung ihre Kraft und Erfahrung zur Hilfe zu bringen. Das und nichts anderes haben die Gewerkschaften und die

sozialistischen Parteien getan, als sie die Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte mit übernahmen und die Vereinzelung und an den verschiedensten Orten vorgenommenen Kontrollen in ein geordnetes System zu bringen suchten, das vom Vertrauen der beteiligten Arbeiter getragen ist. Es ist nichts weiter als eine Ironie der Weltgeschichte, daß diejenigen am lautesten über diese Behinderung der Schieber jetern und greinen, die sonst ihren ganzen Zorn ausschütten über die „Schieberrepublik“, die alle Bande der Ordnung aufgelöst habe.

Die deutsche Sozialdemokratie ist an den Abmachungen beteiligt, die die Gewerkschaften mit der Regierung getroffen haben. Sie kennt den Ernst der Lage und weiß, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter offene Augen und klaren Verstand haben. Sie weiß auch, daß in solchen gespannten Verhältnissen nichts gefährlicher ist, als eine überhöhte Nervosität. Es liegt ihr deshalb daran, die notwendige Kontrolle zur Sicherung der Neutralität in geordneter Weise stattfinden zu lassen und möglichst zu verhindern, daß sie sich in lauter Einzelaktionen auflöse. Sie hat deswegen ihre organisatorischen Erfahrungen bei den Verhandlungen zur Geltung gebracht, um die Kontrollen durch örtliche Kontrollkommissionen gewissermaßen unter die Leitung einer zentralen Kommission zu bringen.

Aber die Sozialdemokratie ist sich auch bewußt, daß eine allzu übereifrige Betätigung der Kontrolle zu ungewollten Konflikten führen kann. Wenn z. B. die auf Grund des Friedensvertrages zum Transport bestimmten Militärgüter der Entente in Deutschland wiederholt angehalten werden, kann das von der Entente zum Vorwand genommen werden, die beliebigen Repressalien anzuwenden, und von diesen Dingen haben wir sicher gerade genug erlebt. Deswegen müssen sich die beteiligten Arbeiter bei aller Aufmerksamkeit doch jeden Augenblick klar darüber sein, daß sie eine große Verantwortung vor dem ganzen Volke und vor ihrer eigenen Klasse haben. Ihre Aufmerksamkeit darf nicht in Nervosität ausarten. Und wenn von unabhängigen Postbeamten neuerdings sogar die Überwachung der Postpakete gefordert wird, um Munitionsendungen auf diesem Wege zu verhindern, so scheint uns diese Forderung schon als eine der Erscheinungen, die wir mit dem eben Gesagten treffen wollten. Aufmerksamkeit ist auch hier am Platze, aber es ist kaum anzunehmen, daß größere Munitionstransporte, wie sie für Kriegsführende in Frage kommen, auf dem Wege der Fernpost befördert werden.

Wenn die Sozialdemokratie die Kontrolle der Militärtransporte unterstützt und in ihrer Weise zu beeinflussen sucht, so tut sie das in dem Bewußtsein, der deutschen demokratischen Republik, die sie mit geschaffen hat, eine Hilfe und eine Stütze zu bieten. Es geht nicht, um die Verfassung dieser Republik zu brechen und an Stelle geordneter demokratischer Einrichtungen die Vorherrschaft einzelner Berufsgruppen zu setzen. Deswegen sind alle Redereien der mehr oder weniger reaktionären Presse über Verfassungsbruch, Nebenregierung und Arbeiterdiktatur eben nichts weiter als Redereien. Die Sozialdemokratie will die Demokratie, und zum Sozialismus zu gelangen. Sie wird alle Mittel verwenden, um die Demokratie zu stärken gegen jene reaktionären Kreise, die beweisen haben, daß sie vor nichts zurückschrecken, um ihrerseits die Republik und die demokratische Verfassung zu stürzen.

Rebellen.

Unter der Überschrift „*Arztliche Rebellen*“ widmet das demokratische „*Berliner Tageblatt*“ dem Verhalten der „*Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Organisationen Brandenburg*“ in der Entwaffnungsfrage folgende Zeilen:

„Nach dem Entwaffnungsgebot dürfen Waffen nur die Reichswehr und die dem Schutze der Bevölkerung dienenden Beamten tragen. Kann jemand im Ernste glauben, daß 150 000 Bewaffnete in

Brandenburg und Ostmark mit dem Diktat von Spa vereinbar sind? Das Vorgehen der märkischen Führer, die sich durch drohende Gesten ein Ausnahmerecht vom Gesetz verschaffen wollen, stützt uns also in die größten außenpolitischen Gefahren, und in ebenso große innenpolitische wegen des bösen Beispiels, das sie geben. Wir können nicht glauben, daß die Mitglieder der Organisationen diesem verderblichen Auf ihrer Führer folgen und damit den Gegensatz zwischen Stadt und Land, diese von und oft hervorgehobene nationale Gefahr, vergrößern helfen. Sie mögen daran denken, daß auch der Fünftel der Deutschnationalen für das Entwaffnungsgebot gestimmt haben, und Dr. Köstler, der ebenfalls dem Gesetz zugestimmt hat, möge seine Berufsgenossen, die märkischen Landwirte, an die Worte aus dem größten märkischen Drama erinnern: „Ich will, daß dem Gesetz Gehorsam sei.“

Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Zu dem Protest der Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Organisationen Brandenburgs gegen die Auslösung des Selbstschutzes wird der „*Post*“ noch mitgeteilt:

Der Oberpräsident von Brandenburg hat bei der persönlichen Besprechung gestern dem Grafen Kalkreuth erklärt: Der Minister des Innern lehne eine Abänderung seiner Verfügung betreffend Auflösung der märkischen Selbstschutzorganisationen ab.

Graf Kalkreuth bezieht sich im Namen der von ihm vertretenen landwirtschaftlichen Organisationen alle Schritte vor, um ihr angetastetes Koalitionsrecht zu wahren.

Despotie Moskau.

Moskau übernimmt die Last des Befehlens.

Nach den Aufnahmebedingungen veröffentlicht die „*Freiheit*“ nunmehr die Statuten der dritten Internationale. Sie entsprechen in Geist und Inhalt durchaus den Aufnahmebedingungen, so daß sich ein genaueres Eingehen erübrigt. Von Interesse ist nur die förmliche Formel, mit der Moskau die Diktatur über die gesamte dritte Internationale für sich in Anspruch nimmt. § 8 der Statuten lautet:

Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees ruht auf der Partei des Landes, wo auf Verlangen des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat (d. i. natürlich Moskau, Red.). Die Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter in das Exekutivkomitee mit beschließender Stimme. Außerdem entsenden die zehn bedeutendsten kommunistischen Parteien, deren Liste von dem ordentlichen Weltkongress bestätigt wird, je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Den anderen, in die kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu delegieren.

Das Exekutivkomitee ist, worauf wir schon am Mittwoch hinwiesen, mit despotischen Machtbefugnissen ausgestattet. Es ist die Stelle, von der alle Befehle und Weisungen ausgehen und der schrankenloser Gehorsam in allen Ländern bei Strafe des sofortigen Ausschlusses zu leisten ist. Der Weltkongress, der alle Jahre oder alle paar Jahre einmal tagt, verschwindet naturgemäß hinter dieser permanenten Exekutivbehörde. Nun erklärt sich Moskau freundlichst bereit, die „*Last*“ und „*Hauptarbeit*“ des Exekutivkomitees auf sich zu nehmen. Schon die römischen Cäsaren hatten die Gepflogenheit, bei ihrem Regierungsantritt Tränen zu vergießen über das schwere Amt, das auf ihre Schultern gefallen sei. Nachher regierten sie desto gründlicher und willkürlicher darauf los.

Zweierlei Bedingungen?

Die Veröffentlichung der Moskauer Bedingungen für die Aufnahme der U. S. A. in der Dritten Internationale durch die „*Freiheit*“ wirft eine besonders eigentümliche Frage auf, deren Beantwortung wir von der „*Humanité*“ erwarten: Seit ihrer Rückkehr nach Paris betreiben die beiden französischen Abgeordneten Cachin und Frossard eine lebhaft

Agitation für den Anschluß an die dritte Internationale. Sie haben allerdings bisher die Bedingungen dieser Aufnahme nicht mitgeteilt, aber aus ihren mündlichen und schriftlichen Ausführungen konnte man bisher nichts entnehmen, was auch nur annähernd an die drakonischen Säuberungsbeefehle erinnert, die wir durch die „*Freiheit*“ kennen gelernt haben. Namentlich ist von einem Ausschluss von Gueys bisher nicht die Rede gewesen und die Propaganda für den Anschluß wird nicht zuletzt in dem „*Populaire*“ betrieben, dessen Chefredakteur Longuet selber ist. Nach uns zugegangenen Informationen sollen sogar Cachin und Frossard bei ihrer Rückkehr aus Moskau versichert haben, daß die Bolschewiki keinerlei Maßregelungen und Ausschließungen verlangen und den um Aufnahme ersuchenden Parteien volle freie Hand lassen.

Wir stehen also vor dem Dilemma:

Entweder gibt es zweierlei Bedingungen, die von Moskau gestellt werden, die einen, sehr milde und verständlich, für die Franzosen, die anderen, sehr scharf und demütigend, für die Deutschen. Gegen diese Möglichkeit spricht allerdings der Umstand, daß der Name Longuet in der von der „*Freiheit*“ veröffentlichten Proskriptionsliste steht.

Oder haben Cachin und Frossard ihren Genossen bisher die Wahrheit vorenthalten. Und gegen diese Hypothese spricht allerdings der Umstand, daß dies seitens der beiden Franzosen eine Verfidie sondergleichen wäre, deren wir sie nicht für fähig halten. Denn sie entsafte beide seit dem ersten Tage ihrer Rückkehr eine großzügige Agitation in Wort und Schrift für den Anschluß. Das würde also bedeuten, daß sie ihre Partei durch diese Agitation für den Anschluß bearbeiten wollen, um erst, wenn diese Bearbeitung genügend weit vorgeschritten ist, die Bedingungen aus ihrer Rocktasche zu holen und die Pistole auf die Brust der Schwankenden legend, den sonst ganz unendbaren Ausschluss Longuets und seiner Freunde durchzuführen. Aber, wie gesagt, das wäre ein so ungeheuerliches Vorgehen, das wir weder Cachin noch Frossard, trotz ihres mehrwöchigen Aufenthalts in der sonderbaren geistigen Atmosphäre des bolschewistischen Zentrums, seiner für fähig halten.

Die Frage ist nun hiermit deutlich aufgeworfen: Ja oder so muß eine Antwort erfolgen!

Böswillig oder dumm?

In unserer gestrigen Notiz: „*Der rasende Sowarime*“, will die „*Notre Patrie*“ eine Denunziation an die französischen Behörden erlösen. Das kann sie sich auch ohne weiteres gegenüber ihren kritischen Lesern leisten, die den „*Vorwärts*“ mit der Zeit eines jeden Verbrechens für fähig halten müssen. In Wirklichkeit wird es in Frankreich seit jeder Willkür geübt, daß politische Häftlinge sich aus dem Gefängnis journalistisch befreien. Nur der Form halber, um den Gefängnisdirektor gegenüber dem Vorkaufsbesitzer des Reglements zu bedecken, werden sie ersucht, ein — meist sehr durchsichtiges — Pseudonym zu wählen. Daß „*Marine*“ Sowarime ist, weiß in Frankreich jedes Kind und die zuständigen französischen Behörden, die in mancher Beziehung wohl nicht so heilig sind wie altpreußische oder russisch-bolschewistische Beamte, haben es wohl am allerersten gewußt. Seit der Verhaftung Sowarimes sind mindestens 50 Artikel inkredibler Tendenz, gezeichnet „*Marine*“, in der „*Humanité*“ erschienen. Es bedarf also der ganzen Böswilligkeit — oder Dummheit — der „*Notre Patrie*“, um in unserer Notiz eine Denunziation oder gar die Absicht einer Denunziation zu erblicken.

Befehden. In einem Artikel über die Vermaltungsstellen des Reiches spricht die „*Kreuzzeitung*“ von den allerdings bescheidenen Aufwendungen für den Reichspräsidenten. In den unbedachten Augenblicken wird die Reichspresse sogar erblich. Was hat sonst die deutliche Agitation nicht über Eberts angeblichen „*Luxus*“ zu zernern gewußt. 25 Millionen hat sie ihm vor den Reichstagswahlen in die Tasche gelassen. Aber wir sind sicher, daß sobald ein deutlicher Agitation Reichspräsident wäre, die „*Kreuzzeitung*“ die bisherigen Aufwendungen sogar für zu bescheiden erklären würde.

Eine Strindberg-Philosophie.

Von Hellmuth Fallensfeld.

Nachdem sich Strindberg den unbestrittenen Dichterruhm in Deutschland erworben hat, beginnt man jetzt schon die Diskussion über den dichterischen Wert der Strindbergschen Werke durch die Erörterung der philosophischen Grundlage seiner Kunst zu erheben. Ein erstes Zeichen dieser Strindberg schon ganz geistesgeschichtlich betrachtenden Epoche ist die Strindbergphilosophie, die Arthur Liebert als Band V der Sammlung *Colloquia* (Berlin 1920) herausgegeben hat. August Strindberg, seine Weltanschauung und seine Kunst.)

In diesem Buch werden bezeichnenderweise zwei Fragen nicht gestellt: nämlich nicht die Frage nach dem Pathologischen und die Frage nach dem Kunstwert der Strindbergschen Erzeugnisse. Die beiden Fragen hängen gerade bei Strindberg aufs innigste zusammen; je mehr man nämlich Strindbergs Werke als reine Kunstwerke ansieht, desto weniger wird man sie als Ausdruck einer biopathologischen Haltung der Welt gegenüber betrachten. Und umgekehrt wird man um so weniger sie als Kunstwerke ansehen können, je mehr sie uns unfreiwillige Dokumente eines pathologischen Gemütes scheinen. Liebert nun wehrt sich dagegen, Strindbergs Kunst pathologisch zu nennen, jedoch weniger aus dem Grunde, weil er in Strindberg den großen Künstler sieht, der über dem Gegensatz von gesund und krank steht, sondern weil er Strindbergs Kunst als Ausdruck einer philosophischen Richtung ansieht. Es handelt sich also in Lieberts Buch nicht um eine Deutung der Dichtungen, sondern um eine Deutung des Strindbergschen Geistes als Ausdruck einer bestimmten Metaphysik.

Und diese Metaphysik ist gekennzeichnet nach Liebert durch den Glauben an die vollständige Sinnlosigkeit des Schicksals, die absolute Unfreiheit des Menschen, der kein Ich ist, sondern ein nicht vom eigenen Willen bestimmtes Geschöpf des Weltwillens. Aus diesem Grundcharakter der Strindbergschen Metaphysik leitet Liebert ganz konsequent die Tatsache ab, daß die Strindbergschen Menschen ganz mechanisch, nicht organisch handeln und sprechen, daß sie mit ihrem Reden stets mit sich selbst im Widerspruch stehen und nur darin eins sind, daß sie sämtlich Sinnbilder der Sinnlosigkeit des Lebens sind. Dieser Grundgedanke wird nun in den verschiedensten Abwandlungen und unter vielleicht zu scharfer Betonung der modernen philosophischen Richtungen und ihrer Terminologie erörtert. So wird Strindbergs Kunst häufig „*naturalistisch*“ genannt, wo nur im philosophischen Sinne ein Naturalismus oder besser gesagt ein Determinismus, das heißt ein Glaube an die absolute Unfreiheit vorliegt. Wenn man aber Strindbergs Kunst naturalistischer nennt als die von

Hauptmann (S. 52) so vergißt man ganz, daß Hauptmanns Kunst nur in dem Sinne eigentlich naturalistisch genannt wird, daß man ihr das Erzeugen der Wirklichkeitsatmosphäre nachsagt.

Zweifellos jedoch hat die Liebertsche Konstruktion einer Strindberg-Metaphysik den Vorzug, dieses, was uns im einzelnen an Strindbergs Werken rätselhaft dünkt, zu einem sinnvollen Zusammenhang zusammenzuschließen. Auch das Fehlen jeglichen Humors bei Strindberg, nicht nur in seinen Werken, sondern auch in seinem Leben, sagt sich recht konsequent dem Liebertschen Strindberggebilde ein. Der Humor, der den Sieg der Freiheit über den Mechanismus der Materie beiter verkündet, mußte Strindberg fehlen, da er nur an die dumpfe Materie, nicht an die Freiheit glaubte. Vielleicht aber war Strindberg doch eben deshalb der pathologische Mensch überhaupt, weil er von diesem Humor auch nicht eine Ahnung hatte. Während der gewöhnliche pathologische Mensch nur eine bestimmte fixe Idee hat, so war für Strindberg das Leben selbst in seiner Gesamtheit eine fixe Idee. Seine Werke sind der ersichtliche Ausdruck dieses unbeschränkt pathologischen Geistes; ob aber nicht aus dieser Charakteristik, die nicht im eigentlichen inneren Widerspruch zu Lieberts Anschauung steht, eine Beurteilung von Strindbergs Werken als Kunstwerke folgt, muß eben in einer Untersuchung über das nicht künstlerische, sondern philosophische bei Strindberg unerörtert bleiben. Als den Ausdruck einer zwiespältigen Zeit sieht Liebert selbst Strindberg an und als Sinnbild einer Ubergangsperiode. Zusätzlich spricht nichts mehr für die dichterische Gedretheit des Strindbergschen Gesamtwerkes, als die Tatsache, daß die einzelnen Züge seiner Dramen und Romane erst im Prisma einer philosophischen Konstruktion Gestalt gewinnen. Der unbestreitbare Vorzug einer Deutung des Widerspruchsvollen bei Strindberg, mögen diese Widersprüche nun aus einem gleichsam methodisch-pathologischen Geisteszustand entspringen oder berechtigte Bestandteile einer nicht medizinisch zu bewertenden Kunst sein, ist Arthur Lieberts Interpretation zu eigen.

Für Einstein! Uns wird geschrieben: „In der Versammlung in der Philharmonie, auf der Einsteins Relativitätstheorie beleuchtet werden sollte, sind nicht nur gegen seine Theorie, sondern zum tiefsten Bedauern der Unterzeichneten Einwände gebärdeter Art auch gegen seine wissenschaftliche Persönlichkeit erhoben worden. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns an dieser Stelle über die beispiellos tiefe Gedankenarbeit näher zu äußern, die Einstein zu seiner Relativitätstheorie geführt hat; überraschende Erfolge sind bereits erzielt, die weitere Prüfung nach natürlicher Sache der künftigen Forschung bleiben. Dagegen möchten wir betonen, daß, auch abgesehen von Einsteins relativistischen Forschungen, seine sonstigen Arbeiten ihm einen unvergänglichen Platz in der Geschichte unserer Wissenschaft sichern; dementsprechend kann sein Einfluß

auf das wissenschaftliche Leben nicht nur Berlins, sondern ganz Deutschlands kaum überschätzt werden.

Wer die Freude hat, Einstein näher zu stehen, weiß, daß er von niemand in der Achtung fremden geistigen Eigentums, in persönlicher Beisehrtheit und Abneigung gegen Meisterns übertroffen wird. Es scheint uns eine Forderung der Gerechtigkeit, ungesäumt dieser unserer Heberzeugung Ausdruck zu geben, um so mehr, als dazu Dienstgebend keine Gelegenheit geboten wurde. gez. v. Laur. Ernst Rubens.“

Der neue Stern im Schwan. Wie durch ein Telegramm der Astronomischen Zentralstelle in Kiel gemeldet wurde, hat der englische Astronom W. F. Denning im Sternbild des Schwans, vermutlich in der Nacht vom 21. zum 22. August, einen neuen Stern von auffälliger Helligkeit entdeckt, der zurzeit der 3. Größenklasse angehört und sich einen Grad nördlich des Sterns β im Schwan befindet. Er steht also ebenfalls sehr nahe weißlich vom Zenit, bei 19,8 h grader Aufsteigung und 53 Grad nördlicher Abweichung. Seit dem Erscheinen der glänzenden Nova Aquilae im Juni 1918 ist kein neuer Stern von solcher Helligkeit gefunden worden. Der neue Stern im Adler hatte während der ersten Tage seines Auflebens sogar die Sterne 1. Größe an Helligkeit übertroffen; die beiden Konae (Neuen) stehen übrigens im gleichen Teil der Milchstraße, der sich gegenwärtig ebenfalls durch das Zenit hinzieht, wie ja überhaupt die meisten neuen Sterne innerhalb der Milchstraße aufleuchten.

Vor Jahrzehnten, vielleicht schon vor Jahrhunderten, hat in jenen entlegenen Sterngründen eine ungeheure Weltkatastrophe stattgefunden, von der wir durch das plötzliche Aufkommen eines bläulichen Nebelschleiers ganz unberührtet Sternes erst jetzt Kunde erhalten — so lange hat der, in jeder Sekunde 300 000 Kilometer dahinschießende Lichtstrahl gebraucht, um von dort bis zu uns zu gelangen. Abermals ist hier ein verheerender, und nur in der großen Entfernung als leuchtender Punkt erscheinender Sonnenkörper aus den Augen gegangen, explodiert; es darf uns daher nicht wundern, wenn sein Licht um das Vielfache heller oder tausendfache heller strahlt als vorher. Doch nicht der Zusammenstoß zweier Weltkörper, auch nicht das Eindringen einer Sonne in seine, eisalte Nebelmasse ist die Ursache einer solchen Katastrophe, sondern, nach Stenpel, allein der mächtige Gravitationsdruck, der sich in Wärme verwandelt und schließlich die plötzliche Perleuchtung des glühenden Welles bewirkt. So stürzen vor des Menschen Späheraugen alljährlich mehrere Sonnen an dem Scheinbar so friedlichen gelichteten Firmament jah in das Anfangsstadium ihrer Entwicklung zurück, um den Kreislauf in endlosen Zeiträumen von neuem zu beginnen.

„Haut“ auf der Einheitsbühne. Eine Revolverkammerung von „Haut“ 1. Teil wurde unter der Regie des Direktors Oberst auf der Bühne des Stettiner Stadttheaters mit den einmütigen dekorativen Mitteln durchgeführt. Die gelante Bühne war als dreiteiliger gotischer Altar gefast, in dem durch Anbringung von ganz geringen dekorativen Verzierungen die jeweilige Veränderung des Schauplatzes angedeutet war. Durch diese Umstellung der dekorativen Gestaltung war es möglich, den „Haut“ strahllos zu bringen.

